

Antrag

der Abgeordneten Roman Johannes Reusch, Jens Maier, Tobias Matthias Peterka, Stephan Brandner, Petr Bystron, Siegbert Droese, Peter Felser, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jörn König, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Christoph Neumann, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Alternative Maßnahmen zur Lockdown-Politik der Bundesregierung durch den Bundestag aufstellen – Pflicht des Deutschen Bundestages als Legislative, staatliche Handlungsmöglichkeiten zu benennen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Bundeskanzleramt hat zum wiederholten Male die Verlängerung der „Lockdown-Maßnahmen“ zur Bekämpfung des COVID-19-Virus beschlossen. Alternative Maßnahmen wurden nicht benannt und offenkundig auch nicht diskutiert. Wann der Lockdown, der zwischenzeitlich ein Jahr andauert, enden soll, ist völlig unklar. Diese Ungewissheit führt zu großer Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung und stellt eine existenzielle Bedrohung für die Bürger in diesem Land dar.

Der Infektiologe Matthias Schrappe, Kölner Medizin-Professor und ehemaliger Berater des Bundes in Gesundheitsfragen, hat zusammen mit Kollegen ein umfassendes Thesenpapier unter Benennung von alternativen Maßnahmen zum „Lockdown“ entwickelt. Dabei werden nicht nur die medizinischen, sondern auch die gesellschaftlichen Schäden der Pandemie erörtert.

Das Instrument des „Lockdowns“ bezeichnet er als inadäquat und verweist darauf, dass der Begriff Inzidenz unzulässig und falsch ist. Er führt aus: „Die Melderaten, die sehr unzuverlässig sind, werden da einfach hochgerechnet. Wenn sie viel testen, sind die Zahlen hoch, testen sie wenig, sind sie niedrig. Es ist ein Skandal, dass mit diesen Zahlen gesteuert werden soll.“ Er und seine Arbeitsgruppe, der auch die bekannten Virologen Jonas Schmidt-Chanasit und Klaus Stöhr angehören, plädieren massiv für den Schutz der vulnerablen alten Menschen. Er begründet dies wie folgt: „Aber die Kontaktverbote alleine, und auch noch an einem fragwürdigen Grenzwert orientiert, einzusetzen, ist nach allen Regeln der Infektionswissenschaft nicht adäquat. Und sie bringen nichts in der Gruppe derer, die besonders oft und schwer an COVID-19 erkranken und sterben. Die vorübergehende Abflachung der Meldezahlen vor Weihnachten war in allen Altersgruppen zu beobachten, nur nicht in den höheren Altersgruppen über 85 Jahre. Das heißt: Der Lockdown geht an den Bedürfnissen derer, die dadurch geschützt werden sollen, vorbei. Es ist eine haltlose, hoffnungslose und sinn-

lose Strategie, die da gefahren wird“(www.focus.de/gesundheit/news/kritik-am-merkel-kurs-kanzlerin-leidet-unter-kuba-syndrom-sie-laesst-nur-noch-eine-meinung-zu_id_12971235.html).

Die Bundesregierung lehnt bislang einen Wechsel ihrer Strategie genauso ab, wie die Hinzuziehung neuer Experten, insbesondere solcher, die die Infektionen tatsächlich vor Ort sehen und behandeln. Matthias Schrappe beurteilt dieses Verhalten der Bundesregierung mit den Worten: „In der Risikoforschung nennt man das Kuba-Syndrom, wenn sich eine Führungsgruppe nur mit Menschen umgibt, die alle der gleichen Meinung sind. Dann gibt es nur die dauerhafte Fortsetzung von Fehlern.“ Als Grund für dieses Verhalten hätten ihnen Politiker gesagt: „Wir würden ja gerne weiter öffnen, aber dann kommt irgendwo in einer Kita ein Fall oder es passiert etwas mit den Mutanten, dann verlieren wir die Wahl.“

Diese Situation wird zusätzlich verschärft, weil die Entscheidung über die Corona-Maßnahmen derzeit durch die Exekutive angeordnet werde. Angesichts der weitreichenden exekutiv verordneten Beschränkungen der Grundrechte und dem zwischenzeitlichen Zugewinn an Erkenntnissen über den Virus ist dieser Zustand unhaltbar. Der Bundestag nimmt seine legislativen Pflichten diesbezüglich nicht wahr.

II. Der Deutsche Bundestag beschließt,

1. eine von der Bundesregierung und dem Robert Koch-Institut (RKI) unabhängige Expertenkommission einzurichten, die dem Bundestag bei der Wahrnehmung seiner legislativen Tätigkeit, staatliche Handlungsmöglichkeiten als Alternativen zum Lockdown zu entwickeln, hilft. Der Kommission sollen Personen aus der Praxis, Infektionsmediziner, Krankenhaushygieniker, Gesundheitsamts-Experten sowie Experten aus der Wirtschaft angehören,
2. seine legislativen Pflichten, staatliche Handlungsmöglichkeiten zur Beendigung der exekutiv angeordneten Lockdown-Maßnahmen infolge des COVID-19-Virus zu benennen, endlich wahrzunehmen.

Berlin, den 26. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Da wir bekanntermaßen in Zukunft mit dem COVID-19-Virus leben müssen, ist es angezeigt, dass der Bundestag seine legislativen Pflichten wieder aufnimmt und staatliche Handlungsmöglichkeiten entwickelt. Die seit einem Jahr durch die Bundesregierung immer wieder vorgenommene Lockdown-Verlängerungen sind keine Lösung des Problems, sondern verursachen vielmehr massive gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgeprobleme, die möglicherweise irreparabel sind.